



PRESSEAUSSENDUNG

Gegenwind aus In- und Ausland: Institute revidieren Prognose deutlich nach unten

Die Wirtschaft in Deutschland ist aus Sicht der fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute angeschlagen. In ihrem Frühjahrgutachten revidieren sie ihre Prognose für das laufende Jahr deutlich nach unten und erwarten nun nur noch einen Zuwachs der Wirtschaftsleistung um 0,1 Prozent. Im Herbstgutachten standen noch 1,3 Prozent in Aussicht. Für das kommende Jahr belassen sie die Prognose mit plus 1,4 Prozent nahezu unverändert (bisläng 1,5 Prozent). Die Wirtschaftsleistung fällt dann aber infolge der verzögerten Erholung um über 30 Mrd. Euro niedriger aus.

(Wien, 27.3.2024) Laut Gutachten geht eine bis zuletzt zähe konjunkturelle Schwächephase mit schwindenden Wachstumskräften einher. In der lahmen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung überlagern sich konjunkturelle und strukturelle Faktoren. Zwar dürfte ab dem Frühjahr eine Erholung einsetzen, die Dynamik wird aber insgesamt nicht allzu groß ausfallen. „Im bisherigen Dreiklang aus lahmer Konjunktur, lähmender Politik und leidendem Wachstum ändert sich nur die konjunkturelle Tonlage von Moll auf Dur“, sagt Stefan Kooths, Konjunkturchef am Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel).

Im laufenden Jahr avanciert der private Konsum zur wichtigsten Triebkraft für die Konjunktur, im kommenden Jahr dann vermehrt auch das Auslandsgeschäft. Derzeit bewegt sich die Wirtschaftsleistung auf einem Niveau, das kaum über dem vor der Pandemie liegt. Seitdem tritt die Produktivität in Deutschland auf der Stelle. Außen- und binnenwirtschaftlich gab es zuletzt mehr Gegen- als Rückenwind. Der private Konsum zog später und weniger dynamisch an als bislang von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose erwartet. Die deutschen Ausfuhren gingen trotz steigender weltwirtschaftlicher Aktivität zurück, vor allem, weil die Nachfrage nach den für Deutschland bedeutsamen Investitions- und Vorleistungsgütern schwach war und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit bei energieintensiven Gütern litt.

Fortwährende Unsicherheit über die Wirtschaftspolitik belastet die Unternehmensinvestitionen, die sich trotz der erwarteten Belebung im kommenden Jahr dann auf dem Niveau des Jahres 2017 bewegen dürften. Die Effektivverdienste werden in den Jahren 2024 und 2025 voraussichtlich um 4,6 bzw. 3,4 Prozent zulegen. Damit nehmen die Reallöhne über den gesamten Prognosezeitraum zu und holen die Verluste aus dem Jahr 2022 und dem ersten Halbjahr 2023 langsam wieder auf. Das Niveau von Ende 2021 – also vor dem drastischen Inflationsschub – wird aber voraussichtlich erst im zweiten Quartal 2025 erreicht.

Insgesamt erwarten die Institute einen Anstieg der Verbraucherpreise um 2,3 Prozent im laufenden und um 1,8 Prozent im kommenden Jahr. Bereinigt um den dämpfenden Effekt der Energiepreise ergeben sich Kerninflationen von 2,8 (2024) und 2,3 Prozent (2025). Ein robuster Arbeitsmarkt stützt die konsumbezogenen Auftriebskräfte. Die realen Lohnstückkosten nehmen im Zuge der Lohnsteigerungen zwar wieder deutlich zu, bleiben aber beschäftigungsfreundlich.



INSTITUT FÜR
HÖHERE STUDIEN
WIEN

Die Arbeitslosigkeit dürfte nur noch geringfügig steigen und bereits ab dem Frühjahr wieder sinken. Auf Jahressicht prognostizieren die Institute Arbeitslosenquoten von 5,8 (2024) und 5,5 Prozent (2025). Die Fehlbeträge im gesamtstaatlichen Haushalt gehen in Relation zur Wirtschaftsleistung von 2,1 Prozent im Vorjahr auf 1,6 (2024) und 1,2 Prozent (2025) zurück. Die Einnahmenquote der öffentlichen Hand erreicht in den beiden Prognosejahren mit 47,5 und 48,4 Prozent jeweils gesamtdeutsche Rekordwerte.

Wirtschaftspolitisch empfehlen die Institute eine behutsame Reform der Schuldenbremse basierend auf dem Vorschlag der Deutschen Bundesbank, der mehr schuldenfinanzierte Investitionen als bislang zulässt. Zudem regen sie an, die Defizitbegrenzung nach einem Ziehen der Ausnahmeklausel nicht mehr abrupt, sondern stufenweise wieder scharf zu stellen. Wichtiger sei aber eine Neugestaltung der staatlichen Finanzverfassung, um kommunale Investitionstätigkeit – gut 40 Prozent der gesamten öffentlichen Investitionen – besser von konjunkturell bedingten Haushaltsnöten abzusichern.

RÜCKFRAGEN & KONTAKT

Klaus Weyerstraß

Sprecher für internationale Konjunktur und Außenwirtschaft

+43 1 59991 233

klaus.weyerstrass@ihs.ac.at



Tabelle Eckwertdaten Deutschland	2021	2022	2023	2024	2025
Bruttoinlandsprodukt ¹	3,2	1,8	-0,3	0,1	1,4
Erwerbstätige ² (1 000 Personen)	44 984	45 596	45 933	46 117	46 123
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 613	2 418	2 609	2 694	2 581
Arbeitslosenquote BA ³ (in %)	5,7	5,3	5,7	5,8	5,5
Verbraucherpreise	3,1	6,9	5,9	2,3	1,8
Lohnstückkosten ^{4 5}	0,0	3,5	6,7	5,0	2,0
Finanzierungssaldo des Staates ⁶					
In Mrd. Euro	-129,7	-96,9	-87,4	-67,2	-52,9
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-3,6	-2,5	-2,1	-1,6	-1,2
Leistungsbilanzsaldo					
In Mrd. Euro	263,5	164,6	243,1	270,2	283,1
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	7,3	4,2	5,9	6,4	6,5

¹ Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

² Inlandskonzept.

³ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit).

⁴ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

⁵ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

⁶ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2024 bis 2025: Prognose der Institute.